

Edda-Müller-Archiv

www.bayerischer-anwaltverband.de

Umweltschutz und Wohlstand – unvereinbare Gegensätze? (1979)

Vortrag beim Fortbildungsseminar des Goethe-Instituts
am 6.8.1979 in Nürnberg:

Umweltschutz und Wohlstand - unvereinbare Gegensätze?

Einleitung

Umweltzerstörung durch wirtschaftliches Handeln gibt es nicht erst in unserem Jahrhundert. Aus früheren Jahrhunderten sind Umweltgefährdungen vor allem in der Form von Verkarstung und Erosion von Böden und der Zerstörung von Waldbeständen bekannt. Ähnliche Probleme zeigen sich heute immer stärker auch in Entwicklungsländern, bei denen eine nennenswerte Industrialisierung noch nicht eingesetzt hat. Wenn auch der Begriff Umweltpolitik erst Ende der 60er Jahre geprägt wurde, so lassen sich die Anfänge der Umweltpolitik in Deutschland mit der Einführung der Gewerbeordnung von 1869 bis in das vergangene Jahrhundert zurückverfolgen.

Wir haben es also nicht mit einem grundsätzlich neuen Phänomen und Politikbereich zu tun. Wegen einer Reihe von Faktoren hat die Umweltpolitik jedoch quantitativ und qualitativ eine neue Dimension erlangt. Umweltpolitik kann sich nicht mehr nur auf ein Reparieren der Schäden beschränken, sondern muß in alle gesellschaftlichen Bereiche gestaltend eingreifen und kollidiert dabei tendenziell mit einer Reihe gesellschaftlicher Interessen.

Die neue Dimension der Umweltpolitik ist charakterisiert durch die Erkenntnis, daß

- wirtschaftliches Wachstum und materieller Wohlstand bei gleichzeitigem Schadstoffwachstum die Lebensqualität nicht sichern kann.

- In der Bevölkerung existiert ein starkes Bewußtsein für die Begrenztheit natürlicher Ressourcen. Gleichzeitig wächst die Furcht vor der Unkontrollierbarkeit technologischer Großprojekte.

Es sind grundsätzlich drei Problemlösungswege aus diesem Dilemma denkbar, die ich im folgenden erläutern werde. Dabei wird zu zeigen sein, daß der notwendige gesteuerte Wandel der Volkswirtschaft unser politisches System und die Umweltpolitik vor eine schwierige Aufgabe stellt. Es erscheint nicht sicher, ob die herkömmlichen Problemlösungsmuster der Wettbewerbsdemokratie dieser Aufgabe gewachsen sein werden.

1. These:

Wirtschaftliches Wachstum und materieller Wohlstand bei gleichzeitigem Schadstoffwachstum sichern nicht die Lebensqualität.

Es gehört zum Einmaleins der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik nicht nur der westlichen marktwirtschaftlichen Systeme sondern auch der staatskapitalistischen Länder des Ostblocks, den Wohlstand einer Volkswirtschaft an den jährlichen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts zu messen. In der Bundesrepublik wurde mit dem Stabilitätsgesetz von 1968 diese Zielgröße auch gesetzlich verankert.

Das Bruttosozialprodukt als Gradmesser des Wohlstand einer Nation erweist sich jedoch zunehmend als problematischer Indikator. Es erfaßt nur solche Güter und Dienstleistungen, die mit Geld bezahlt werden. Andere Leistungen bleiben unberücksichtigt (z.B. Hausfrauenarbeit, Nachbarschaftshilfe, die Leistungen der Familie für Alte und Kranke). In das Bruttosozialprodukt fließen auch solche Leistungen ein, die keine neuen Werte schaffen (z.B. Rekultivierung einer durch Tagebau zerstörten Landschaft, Demontage einer Eisenbahnstrecke). "Wenn ... Zellstofffabriken die Wälder abholzen, Sulfitlauge in die Flüsse ablassen und damit Fische samt Brut und Trinkwasser vergiften, so mehren sie Nationaleinkommen und den Reichtum der Nation ..."

(s. Prager: Ökonomie und Ökologie, in Konkurrenz und Konvergenz, Wien 1972, S. 107)

Die Politik des Wirtschaftswachstums hat in den westlichen Industrienationen in der Vergangenheit ohne Zweifel den Wohlstand der Bevölkerung - auch der breiten Masse - gemehrt.

1977 hatten in der Bundesrepublik von 100 Haushalten

- 97 einen Kühlschrank
- 78 einen PKW
- 75 einen Schwarz-weiß-Fernseher
- 69 einen Plattenspieler
- 62 ein Telefon und
- 62 einen Waschvollautomat.

Auch der Staat und die Allgemeinheit profitierte von diesem Wachstum. Die Bundesrepublik verfügt über ein beispielhaftes Angebot öffentlicher Leistungen im Bereich der Infrastruktur, im Bildungsbereich, in der Sozialpolitik. Von 1960 bis 1977 wurde die Zahl der Autobahnkilometer etwa verdreifacht.

? 7000 km
(1960 = ~~200~~ 515 km, 1977 - ~~600~~⁷⁰⁰⁰ 435 km). Zunehmend werden jedoch gerade diese öffentlichen Investitionen kritisiert. Sind sie doch nicht nur ein Zeichen für den zunehmenden materiellen Wohlstand, sondern auch eine Folge erschwerter Lebensbedingungen in den Ballungsgebieten. Die Menschen müssen immer längere Fahrten zu ihren Arbeitsplätzen zurücklegen. Die wachsende Prosperität leitete einen Circulus vitiosus ein. Die Menschen flohen aus den Innenstädten wegen der zunehmenden Lärm- und Schadstoffbelastigungen. Dies führte zu einer immer stärkeren Zersiedelung der Landschaft, zum Bau neuer Zubringerstraßen, zur Verringerung der Freizeit wegen langer Anfahrtszeiten zur Arbeitsstelle und zur Erhöhung der Unfallgefahr. Bei wachsendem Wohlstand - die Zahl der PKW erhöhte sich von 4 Mio 490 Tausend im Jahre 1960 auf 20 Mio 20 Tausend im Jahre 1977 - nahm die Lebensqualität ab.

Die Entwicklung ist nicht ohne weiteres zu stoppen. Für Unternehmer, Arbeitnehmer (und deren Interessenvertretung die Gewerkschaften) und den Staat ist wirtschaftliches und industrielles Wachstum ein fast systemimmanenter Zwang.

Der Unternehmer hat in einer Wettbewerbswirtschaft (national und international), wenn er kommerziell überleben will, keine andere Wahl als die Produktion auszudehnen und zu investieren. "Das Interesse an der Auslastung der Produktionskapazität veranlaßt eine Förderung des Absatzes durch neue Produkte, selbst wenn die vorhandenen Güter technisch noch in der Lage sind, die Dienste zu leisten, für die sie bestimmt waren." (siehe Kapp, Zur Theorie der Sozialkosten und der Umweltkrise, in: Sozialisierung der Verluste, München 1972, S. 43) Dies führte zu einer Verschwendungsgesellschaft, - oder wie auch treffend gesagt wurde - zur Wegwerfgesellschaft. Statistisch schlug sich dies nicht nur in immer größeren Zahlen des Bruttosozialprodukts, sondern auch in einem Wachstum der Schadstoffemissionen, in wachsenden Abfallmengen und steigendem Energieverbrauch nieder.

Das Wachstum sicherte gleichwohl den sozialen Frieden. Die steigenden Gewinne und Investitionen sicherten über Jahrzehnte die Vollbeschäftigung und ermöglichten Tarifabschlüsse, die zu immer steigenden Einkommen und einer Beteiligung breiter Schichten am zunehmenden Wohlstand der Gesellschaft führten.

Auch die öffentliche Hand profitierte von diesem Wachstum und wurde zusehends auch davon abhängig. Die Bundesregierung konnte die verschiedenen gesellschaftlichen Forderungen relativ konfliktlos aus einer ständig wachsenden Verteilermasse befriedigen, ohne in Besitzstände eingreifen zu müssen. Gleichzeitig wurde jedoch immer deutlicher, daß gerade das wirtschaftliche Wachstum auch den öffentlichen Finanzbedarf für die Schaffung der Vorbedingungen und die Bewältigung der Folgen erhöhte.

Lassen Sie mich das am Beispiel der Industrieansiedlungen im kommunalen Bereich veranschaulichen. Abhängig vom Gewerbesteueraufkommen potenter Industriezweige unterboten sich die Gemeinden gegenseitig bei der Anwerbung neuer Industrieansiedlungen. Oft wurde nicht nur billiger Baugrund zur Verfügung gestellt, sondern die Gemeinden übernahmen Erschließungskosten und bewilligten günstige Tarife für Entsorgung. Die Entscheidungen der Gewerbeaufsichtsämter über Umweltauflagen waren nicht immer unbeeinflusst von diesen wirtschaftlichen Überlegungen.

Dieser makro- und mikro-ökonomische Zwang zum Wachstum mit allen seinen Folgen für die Umwelt wurde und wird durch einen Strukturdefekt im ökonomischen Kalkül begünstigt. Es handelt sich um die Problematik der sog. freien Güter oder externen Kosten.

Natürliche Bodenschätze und Rohstoffe einschließlich der Luft und des Wassers galten den Vertretern der traditionellen Wirtschaftstheorie als freie Güter, die vom Markt als Güter ohne Wert behandelt werden und somit nicht in das betriebswirtschaftliche Kalkül der Unternehmer eingehen. Umweltfaktoren wie reine Luft und saubere Gewässer, nicht reproduzierbare Rohstoffquellen, die ästhetische Qualität einer Landschaft oder eines Stadtbildes sind in der Marktwirtschaft daher von vornherein gefährdet. Die freien Güter^{/-}, deren Schutz der Staat und deren Wiederherstellungskosten die Allgemeinheit übernehmen mußte. Kapp hat treffend die Parallele zur Sozialpolitik beschrieben: "Während der industriellen Revolution wurde die soziale Umwelt des Menschen ebenso als freies Gut ohne Marktwert behandelt wie später und bis heute die natürliche Umwelt." (Kapp, a.a.O. S. 41)

Während die Sozialpolitik erreicht hat, daß die sozialen Kosten heute als selbstverständlicher Posten in jede betriebswirtschaftliche Rechnung eingehen, befindet sich die Umweltpolitik noch in einem zähen Ringen um eine Internalisierung

Handwritten note: /- wurden daher notwendigerweise zu öffentlichen Gütern

der Kosten des Umweltschutzes in die unternehmerischen Rechnungen. Instrument dieser Internalisierung soll das - im Umweltprogramm von 1971 formulierte - Verursacherprinzip sein. Als typisch marktwirtschaftliches Instrument will es praktisch den Marktmechanismus auch da einführen, wo er heute nicht funktioniert. Jeder, der die Umwelt beansprucht, soll mit den dadurch entstehenden sozialen Zusatzkosten belastet werden, so daß auch die Knappheit des Gutes Umwelt durch einen Quasi-Preis signalisiert wird.

Das Verursacherprinzip liegt einer Reihe von Umweltgesetzen zugrunde: BIMSchG, Auflagen für Grenzwerte, Benzin-Blei-Gesetz, Abwasserabgabengesetz. Jede Ausdehnung ist jedoch äußerst konfliktuell, da sie nicht nur die Unternehmergewinne schmälern, sondern auch die Preise erhöhen kann. Typischerweise ist deshalb Umweltpolitik gerade in Zeiten stagnierenden Wachstums besonders schwierig. Wir haben das in den letzten Jahren erlebt, als der Umweltschutz immer wieder als Jobkiller und Investitionshemmnis verteufelt wurde. Die Umweltpolitik hat diese Vorwürfe durch Untersuchungen widerlegt. Dabei zeigte sich, daß Umweltschutz zwar unbestreitbar einzelne Branchen kostenmäßig belastet, bisher jedoch keine Überforderung festgestellt werden kann. Die durch Investitionsstau, umweltschutzbedingte Standortverlagerungen ins Ausland und Konkurse verursachten Verluste von Arbeitsplätzen bleiben erheblich unter den von der Wirtschaft behaupteten Größenordnungen (70 000, 5 00, 1 400).

Eine Gegenüberstellung der arbeitsplatzvernichtenden und arbeitsplatzschaffenden Wirkungen des Umweltschutzes zeigt per Saldo einen erheblichen positiven Beitrag für die gesamtwirtschaftliche Beschäftigungslage.

Insgesamt kann heute als erwiesen angesehen werden, daß der traditionelle Umweltschutz, der durch Auflagen und Abgaben die Industrie zu immer umweltfreundlicheren Produktionsver-

fahren und zur Entwicklung von Umweltschutztechniken zwingt, nicht nur selbst Arbeitsplätze schafft und damit den Wohlstand erhält, sondern der Wirtschaft auch langfristig auf den Weltmärkten Absatzchancen sichert. Es ist jedoch ein Dilemma der Umweltpolitik, daß die Verschärfung der Auflagen, die erst den Zwang zur Umstrukturierung auslösen werden, umso leichter durchzusetzen sind, desto besser es der Wirtschaft geht, d.h. aber auch je stärker die von ihr ausgehenden Umweltbelastungen sind. Umweltpolitik droht damit zur Sisyphusarbeit zu werden, da das Schadstoffwachstum schneller als die Beseitigung seiner Folgen verläuft. Es fragt sich daher, ob mit der traditionellen Umweltpolitik Lebensqualität zu sichern ist. Insbesondere droht die Gefahr, daß gerade die wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsschichten, die schon heute den Umweltbelastungen nicht ausweichen können, von einer weiteren Verschlechterung der Umwelt härter getroffen werden, als die wohlhabenden Schichten der Bevölkerung.

2. These:

Natürliche Ressourcen sind begrenzt. Weiterer Raubbau gefährdet die Menschheit. Großtechnologien drohen den Menschen über den Kopf zu wachsen.

Spätestens seit den spektakulären Veröffentlichungen des Club of Rome sind die Grenzen des Wachstums, die Endlichkeit aller natürlichen Rohstoffe in das öffentliche Bewußtsein gedrungen. Ob der Kollaps der Weltordnung bei unverändertem Wachstum in 100 Jahren - wie es die Meadows-Studie prognostiziert - oder erst in 200 oder 300 Jahren eintritt, macht nur einen graduellen Unterschied. Den meisten Menschen ist klar, daß der unvorstellbare Raubbau der letzten 100 bis 150 Jahre nicht fortgesetzt werden darf. Was die Erde in Millionen Jahren gespeichert und aufgebaut hat, wird ihr jetzt in ein paar Hundert Jahren entrissen, verbraucht und als - zum Teil giftiger Abfall - in Boden, Luft und Wasser abgelagert.

Dabei hat von diesem Raubbau nur ein kleiner Teil der Menschheit profitiert. "Ein Drittel der Weltbevölkerung kontrolliert gegenwärtig 85% der Produktivkräfte und Handelsströme der Welt. Etwa 20% der Weltbevölkerung verbrauchen mehr als zwei Drittel der Weltrohstoffvorräte und ein einziges Land - die USA - mit etwa 6% der Bevölkerung verbraucht etwa 36% des Primärenergie-Verbrauchs der Welt." (siehe Menke-Glückert: Umweltpolitik in der Praxis, München 1978, S. 3)

Der Zusammenhang von Wachstum und den Grenzen des Raumschiffs Erde wird uns spätestens seit der Ölkrise fast täglich vor Augen geführt. Bei weiter steigendem Verbrauch werden die

- Erdölvorräte in 48 Jahren
- die Erdgasvorräte in 69 Jahren
- die Braunkohlenvorräte in 173 Jahren und
- die Steinkohlenvorräte in 102 Jahren erschöpft sein.

Am Beispiel der Energieknappheit lassen sich die Szenarien durchspielen, die der Politik zur Verfügung stehen, um die Probleme zu lösen.

1. Weg:

Die Problemlösung beschreitet den wohlbekanntesten Weg des technischen Fortschritts, der Entwicklung von großtechnischen Anlagen und der Kapitalinvestition. Exemplarisch hat diesen Weg das Vorstandmitglied der VEGA AG von Bennigsen-Förder kürzlich im Fernsehen erläutert. Er sagte, die Lösung der Energieprobleme sei letztlich nur ein finanzielles Problem, und daher machbar. Nötig seien in den nächsten Jahren etwa 300 Mrd DM für den Aufbau von Kernenergieanlagen und anderen großtechnischen Projekten. Ähnliche Szenarien sind auch für andere Rohstoffverknappungen vorstellbar.

Übersehen wird hierbei, welche Auswirkungen solche Projekte nicht nur auf die natürliche Umwelt, sondern auf das soziale

und politische Klima in unserem Land haben werden. Die wachsende Angst der Menschen vor der Unkontrollierbarkeit der Technik brauchte nicht das Alibi von Harrisburg, um erst genommen zu werden. Kleine Pannen in der Stromversorgung von Weltstädten, ein strenger Winter in Schleswig-Holstein beweisen immer mehr Menschen die hoffnungslose Abhängigkeit von unüberschaubaren zentralisierten technischen Systemen und die Anfälligkeit unserer scheinbar so wohl geordneten Gesellschaft.

2. Weg:

Der zweite Lösungsweg wird von Teilen der ökologischen Bewegung propagiert. Er heißt Nullwachstum, Abbau der Industrialisierung, Dezentralisierung, Einsatz von Kleintechnologien, Aufbau von autarken Lebensgemeinschaften und Volkswirtschaften. Dieser Weg sagt nichts über die Lösung der Probleme der heutigen Entwicklungsländer, über die bessere Versorgung aller Menschen mit Nahrungsmitteln, über die Bewältigung der bei einer solchen Umstellung unausweichlichen gesellschaftlichen Konflikte.

3. Weg:

Der dritte Lösungsweg heißt gesteuertes qualitatives Wachstum. In der Energiepolitik würde das bedeuten: Nicht Bereitstellung und Verbrauch von immer mehr Primärenergie aus nicht erneuerbaren Quellen, sondern bessere Energienutzung, Entwicklung von energiesparsamen Autos und Geräten, Wärmedämmung, Abwärmenutzung usw. Bei einer Politik des qualitativen Wachstums wird es darum gehen, Überzentralisierungen abzubauen, die sozialen Folgen technologischer Entwicklung verantwortungsbewußt vorauszuschätzen und notwendige Strukturveränderungen der Wirtschaftszweige behutsam und zielstrebig einzuleiten.

Dieser Weg ist der komplizierteste. Es geht um differenzierte Entscheidungen darüber, was wachsen soll und was nicht wachsen

soll, und vor allem geht es um die politische Durchsetzung solcher - nicht immer schmerzlose~~n~~ - Entscheidungen. Vorschläge liegen auf dem Tisch. Der BBU hat erst kürzlich verlangt, das Schadstoffwachstum zurückzudrehen und dafür in Bereichen des "Nachholwachstums" zu investieren. Wünschenswert seien Investitionen in den folgenden Sektoren:

- ¶ - bei der besseren Energieausnutzung, Wärmedämmung und Solartechnologie
- bei der Abwassersanierung und der Luftreinhaltung
- bei der Altbausanierung und Dorf- und Stadtteilerneuerung
- bei der Humanökologie und des menschengerechten Freizeitangebots
- im Naturschutz und in der Landschaftspflege
- für ökologische Nutzungsformen in der Land- und Forstwirtschaft
- im Bereich des aktiven und passiven Lärmschutzes
- für recycling bereits aufgearbeiteter und gebrauchter Rohstoffe.

Diese Investitionen schaffen mehrere hunderttausend neue Arbeitsplätze. Ein Mehr an Produktion und Konsum bedeutet nicht notwendigerweise ein Mehr an "Lebensqualität". Deshalb müssen die Weichen für eine Produktionsweise gestellt werden, die ökologisch verantwortbar ist. Dies bedeutet z.B.:

dezentrale Möglichkeit der Herstellung von Gütern

- Ausrichtung der Produktion am realen Bedarf und an Gebrauchsgütern
- Herstellung dauerhafter und reparaturfähiger Güter
- Wiederverwendung von Rohstoffen in gebrauchten Gütern
- sparsamer Einsatz von Energie und Rohstoffen
- drastische Einschränkung der Produktion von umweltbelastenden und gesundheitschädigenden Stoffen
- Aufhebung von unnötiger Arbeitsteilung und Spezialisierung

Die Zeit ist überreif, den "harten" Weg der Großtechnologie mit einer starken Zentralisierung von Macht zu verlassen und "sanfte" Technologien zu entwickeln.^h (siehe BBU - Forderungskatalog für ein ökologisches Gesamtkonzept, S. 3 f)

Mehr Umweltschutz und damit auch mehr Lebensqualität wird wahrscheinlich nicht möglich sein, ohne das weitere Ansteigen des materiellen Wohlstand zu verlangsamen. Er wird jedoch nicht grundsätzlich im Gegensatz zum Ziel der Wohlstandserhaltung stehen.. Vielmehr wird von vielen nüchternen Wirtschaftspolitikern gegenwärtig sogar eingesehen, daß Strukturveränderungen der Wirtschaft durch Umweltschutz notwendig sind, um langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird der Glaube an den Marktmechanismus und die ökonomische Rationalität jedoch nicht ausreichen. Die Lebensqualität wird heute von Auswirkungen der Wirtschaft nicht stärker bedroht, als von staatlichen Fehlplanungen im Bereich der Verkehrspolitik, der Stadtentwicklung, der Raumordnung, der Forschungs- und Entwicklungsförderung, der Energiepolitik. Notwendig ist daher nicht nur eine Steuerung des wirtschaftlichen Wandels nach ökologischen Kriterien, sondern auch eine Durchsetzung ökologischer Prinzipien in anderen Fachpolitiken.

These 3:

Der von der Umweltpolitik zu steuernde wirtschaftliche Wandel wird die Belastungsprobe der Wettbewerbsdemokratie sein.

Als eigenständige Politik gibt es den Umweltschutz seit 1969. Ein politischer Machtfaktor ist die Umweltpolitik in der Konkurrenz mit anderen wichtigen Politikbereichen jedoch noch nicht geworden. In unserer Parteiendemokratie liegt dies auch daran, daß der Parteienwettbewerb das Umweltthema noch nicht richtig aufgegriffen hat. Kielsmansegg charakterisiert die Situation wie folgt: "(Die Parteien haben sich) einmütig ... zu der Notwendigkeit bekannt, der Zerstörung der Umwelt Einhalt zu gebieten, und einmütig hat man sich der Frage verweigert, ob die Prioritäten der Politik nicht von Grund auf neu geordnet werden müßten." (Kielsmansegg: Politik in der Sackgasse? Die Wettbewerbsdemokratie und der Fortschritt, Vortrag auf der

wissenschaftlichen Fachtagung zu Umwelt und Wachstum der CDU am 1. März 1979, S. 4)

Im Konkurrenzkampf um Wählerstimmen und Regierungsmacht haben in der Regel nur solche Problemlösungen eine Chance, die wettbewerbsneutral sind. "Weil (jedoch) nur Vermutungen über die Grenzen des Handlungsspielraums möglich sind, und weil es weniger schädlich ist, den Handlungsspielraum zu unterschätzen als ihn zu überschätzen, wird es eine Tendenz der konkurrierenden Parteien geben, die Grenzen enger zu ziehen als nötig, Risiken zu vermeiden." (Kielmansegg, a.a.O. S. 6).

Seit dem Auftauchen der ökologischen Bewegung, die in Gestalt der Grünen Parteien auch faktisch in den Wettbewerb um Wählerstimmen eintritt, scheint sich die Situation zu ändern. Überhaupt zeigt sich an der Umweltpolitik, daß die öffentliche Meinung einen entscheidenden Machtfaktor darstellen kann und ein entscheidendes Korrektiv für die institutionalisierte Politik ist. Die Öffentlichkeit - nicht die Parteien und Verwaltungen - hat das Thema Umwelt entdeckt, sie hat es in die Politik gebracht. Unsicher sind sich die Politiker jedoch immer noch, ob das durch Meinungsumfragen belegte wachsende Umweltbewußtsein der Bevölkerung auch die Bereitschaft zu höheren Preisen, zur Änderung der Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten einschließt.

Dieses grundsätzliche Durchsetzungsproblem der Umweltinteressen in einer Wettbewerbsdemokratie wird verschärft durch die Durchsetzungsschwäche des Umweltschutzes als Querschnittspolitik. (andere Fachpolitiken). Die Einflußinstrumente ^{auf 42} wie z.B. die Umweltverträglichkeitsprüfungen - greifen nur unvollkommen. In der Auseinandersetzung mit anderen politischen Zielsetzungen - Interessen der Landwirtschaft, des Straßenverkehrs, der Autoindustrie etc. muß sich die Umweltpolitik zumeist auf defensives Abwehren von Umweltbeeinträchtigungen beschränken. Sie

ist noch weit davon entfernt, die aktive Steuerungs- und Koordinierungsfunktion auszuüben, die erforderlich wäre, um das Ziel des qualitativen Wandels zu erreichen.

Unser politisches System ist extrem unbeweglich, wenn es darum geht, eine langfristige Strategie mit einer Vielzahl von zu koordinierenden Einzelschritten und Einzelentscheidungen für ein komplexes alle Politikbereiche betreffendes Problem zu entwickeln und durchzuhalten. Die Art und Weise, wie wir in den kommenden Jahren auf die Energiekrise reagieren werden, wird ein Test auf die Kreativität und Veränderbarkeit des politischen Systems sein. Werden wir es schaffen, ein Energie-szenario zu realisieren, wie es von Eppler, dem Vorsitzenden der SPD in Baden-Württemberg kürzlich entworfen wurde? Ein solches Programm, das nicht nach dem Motto "größer, teurer und fortschrittlicher" ~~funktioniert~~^twürde die Planung und Verwirklichung eines differenzierten Handlungszusammenhangs erfordern, um z.B. alle Möglichkeiten der Energiesparung durchzusetzen, um die Energieversorgungsunternehmen neu zu organisieren und alternative Energiequellen zu erschließen. Wahrscheinlicher ist schon eine Kabinettentscheidung nach dem Muster des bisherigen Fortschrittsglaubens, Bewilligung riesiger Finanzsummen, um die technischen Anstrengungen in Richtung auf neue und größere technische Projekte zu intensivieren. Bisher haben die westlichen Demokratien am Beispiel der USA bewiesen, daß sie den Mond erobern können, sie haben noch nicht bewiesen, daß sie auch in der Lage sind, einen evolutionären Übergang von der Raubbau- und Verschwendungsgesellschaft in eine materiell sichere und menschlich befriedigende Gesellschaft zu vollziehen.